

77 Cent pro Kilo Schlachtgewicht

Schweinehalter beklagen massiven Preisdruck / Tönnies plant Abnahmegarantien für höhere Haltestufen

Nina Kallmeier

Wer bei Ulrich Schulze Vowinkel auf den Hof kommt, der sieht als Erstes Schweine im Stroh. Neugierig stecken einige Tiere ihre Rüssel durch das Absperrgitter des nach vorne offenen Stalls. Es scheint geradezu das Bilderbuch-Idyll der Landwirtschaft zu sein, das viele Verbraucher gerne sehen würden. Seit elf Jahren führt der 38-jährige Landwirt im westfälischen Laer einen klassischen Schweinemastbetrieb. 2000 Tiere könnte er halten. Das sind deutlich mehr als die rund 1268 Schweine, die jeder der rund 20.500 Betriebe in Deutschland im Durchschnitt hält.

Doch auch bei Schulze Vowinkel sind es weniger als erlaubt – denn die Schweine werden im sogenannten Offenstall gehalten, dass ihnen immer Frischluft um die Schnauze weht. Genau das will Discounter Aldi für alle Tiere bis 2030, deren Fleisch in seiner Theke verkauft wird.

Haltungsstufe 3 wird diese Form in der Branche genannt. Das bedeutet für die Tiere auch: Die Schweine stehen nicht nur auf Stroh, sondern sie haben auch mehr Platz pro Tier als ihre Artgenossen im geschlossenen Stall ein paar Meter weiter. Dieser erfüllt die Kriterien der Initiative Tierwohl, der Haltungsform 2, die im Handel zum Standard werden soll. Heute sind es bis zu 40 Prozent der rund 26 Millionen Schweine in Deutschland, die Robert Römer, Geschäftsführer der Initiative Tierwohl, zufolge bereits so gehalten werden.

Das Tierwohl noch weiter erhöhen und alle seine Schweine im offenen Stall halten? Das würde Ulrich Schulze Vowinkel gerne, doch dazu müsste er auch deutlich mehr Geld für seine Tiere bekommen – 70 bis 80 Euro pro Schwein, rechnet der Landwirt vor. Und das in einer Zeit, in der die Preise für Schlachtschweine eher sinken. In dieser Woche sind es im Schnitt



„Wir fahren im Minus. Wie lange wir das aushalten? Keine Ahnung“, sagt Ulrich Schulze Vowinkel. Er hält Schweine unter anderem im sogenannten Offenstall. Foto: Nina Kallmeier

Haben Mäster eine Zukunft?

KOMMENTAR



Nina Kallmeier
n.kallmeier@noz.de

Haben Schweinemäster und Ferkelerzeuger in Deutschland überhaupt

eine Zukunft? Diese Frage muss man sich bei den aktuellen Erzeugerpreisen ernsthaft stellen, denn die sind seit Wochen im Sinkflug. Das Resultat: Mittlerweile wäre es für Landwirte oft wirtschaftlicher, die Mast ganz zu lassen. Gleichzeitig fordert die Gesellschaft Milliardeninvestitionen für mehr Tierwohl. Wie soll das funktionieren? Das Erstaunliche: Der Verbraucher bekommt von der Misere auf den Höfen kaum etwas mit. Für ihn

hat sich an der Fleischtheke im Supermarkt oder dem Discounter wenig verändert. Wer verdient also an der Misere der Bauern? Wenn die Schweinemast und Ferkelproduktion in Deutschland erhalten bleiben sollen, ist es an der Zeit, sich in der gesamten Lieferkette solidarisch zu zeigen. Neben der Eigenverantwortung der Landwirte, sich zukunftsfit aufzustellen, braucht es auskömmliche Preise für die Tiere. Gleichzeitig darf

es seitens des Handels kein reines Lippenbekenntnis bleiben, Fleisch aus Deutschland abzunehmen. Ja, das mag teurer sein als Schweinefleisch aus Spanien oder Chile, doch Regionalität und Tierwohl haben ihren Preis. Das muss auch der Verbraucher lernen. Sonst wird das nichts mit dem Umbau der Landwirtschaft in Deutschland. Dann kommt des Deutschen liebstes Grillgut, die Bratwurst, demnächst aus dem Ausland.

77 Cent pro Kilo Schlachtgewicht, die der Landwirt erhält – 5 Cent weniger als noch in der Woche zuvor.

Die Vereinigung der Erzeugergemeinschaften (VEZG) begründet den erneuten Preissturz mit dem massiven Preisdruck der großen Schlachter im Nordwesten. Zu ihnen gehört das Unternehmen Tönnies. Firmenchef Clemens Tönnies verweist

auf die zurzeit schwierige Vermarktung. Unter anderem aus China fehlt wegen des Exportverbots aufgrund der in Deutschland unter Wildschweinen grassierenden Afrikanischen Schweinepest die Nachfrage.

Wobei die Preise nicht überall eingebrochen sind – an der Frischetheke merke der Kunde von den niedrigen Erzeugerpreisen nichts. Der

Handel habe seine Preise nicht entsprechend nach unten korrigiert, so Tönnies.

Mit so niedrigen Preisen werden gesellschaftspolitisch geforderten Umbau der Landwirtschaft vorantreiben? Für Landwirt Ulrich Schulze Vowinkel kaum denkbar. „Wenn die Politik und der Handel erwarten, dass ich Tiere nach Haltungsstufe 3 und 4 halte, dann muss auch so bezahlt

werden“, fordert er. „Ich will Regularien, damit ich meine Schweine vernünftig verkaufen kann.“ Denn Geld verdienen er bei den Schweinepreisen zurzeit keines. „Wir fahren im Minus. Wie lange wir das aushalten? Keine Ahnung.“

Mit seinen Sorgen ist Ulrich Schulze Vowinkel nicht allein, ähnlich ergeht es Landwirt Elmar Schulze Heil, dessen Familie einen Hof im

Münsterland bewirtschaftet. Auch bei Schulze Heil tummeln sich einige Schweine im Stroh. Sie werden an regionale Edeka-Märkte vermarktet. Eine kleine Gruppe der Tiere hält der 52-Jährige sogar draußen auf der Wiese. Ein Gastronom habe zugesagt, die Tiere abzunehmen. Der Großteil der Schweine lebt jedoch wie bei Schulze Vowinkel entweder im Offenstall oder im letzten geschlossenen Stall auf dem Hof, den die Familie gerne umbauen würde. „Dafür braucht es aber noch eine Genehmigung“, sagt Elmar Schulze Heil. Ob er die bekommt? Unklar.

Den Vorstoß des Discounters Aldi, in neun Jahren nur noch Fleisch abzunehmen, das höhere Tierwohlkriterien erfüllt, sieht der Westfale im Grunde positiv. Auch gegen weniger als die gut 2000 Tiere auf seinem Hof hat der Landwirt nichts, wenn die Preise stimmen. Doch er bleibt skeptisch, ob der Handel am Ende hält, was er verspricht.

Bei Tönnies wolle man den Landwirten Abnahmegarantien der Schweine aus höheren Haltungsstufen geben, sagt Clemens Tönnies. „Dann wird die Finanzierung kein großes Problem sein.“ Tönnies sagt aber auch: „Der Handel ist gefragt und muss sich zu Schweinefleisch aus Deutschland bekennen.“

Bis es hier eine Entscheidung gibt, könnte es noch dauern. Das hilft den Landwirten in ihrer aktuellen Situation nicht. Beim Discounter Aldi reagiert man insofern, als dass vorerst auf eine Neuausschreibung für Schweinefleisch verzichtet wird. Der Einkaufspreis werde derzeit auf einem Niveau wie vor dem Ausbruch der Schweinepest gehalten. Das mache gut 15 bis 20 Prozent mehr für die Landwirte.

Ob das hilft? Die Leidenschaft für die Landwirtschaft haben sowohl Elmar Schulze Heil als auch Ulrich Schulze Vowinkel. Doch Letzterer sagt auch: „Leidenschaft ist das Erste, das schwindet, wenn man sieht, dass all die Arbeit nichts einbringt.“

Dutzende gefälschte Impfpässe aufgetaucht

HANNOVER In Niedersachsen sind seit Jahresbeginn bereits Dutzende gefälschte Impfpässe aufgetaucht. Es handele sich um eine mittlere zweistellige Zahl an Blanko-Ausweisen beziehungsweise Totalfälschungen, teilte das Landeskriminalamt Niedersachsen (LKA) auf Anfrage mit. Die Blanko-Ausweise enthalten keine gefälschten Aufkleber mit Impfstoffen gegen Covid-19.

Es sei von einer hohen Dunkelziffer auszugehen, sagte eine LKA-Sprecherin. Ihr zufolge finden sich in den angeblichen Dokumenten in der Regel gefälschte Aufkleber oder Stempel. In den meisten Fällen fallen die kriminellen Machenschaften nach LKA-Angaben auf, wenn die Impfpass-Inhaber die Fälschungen in Apotheken vorlegen, um ein digitales Impfzertifikat zu erhalten.

Ausweise für 99 bis 250 Euro

Bereits im Frühjahr hatte das niedersächsische Landeskriminalamt vor gefälschten Impfpässen gewarnt. Damals hatten Betrüger die Fälschungen im Messenger-Dienst Telegram bundesweit für 99 bis 250 Euro angeboten.

Die Bundespolizei berichtete Anfang August, dass am Flughafen Hannover innerhalb kürzester Zeit gefälschte Impfausweise bei vier Reisenden entdeckt wurden. Dies sei kein Kavaliersdelikt, betonten die Beamten. Die Inhaber erwarten ein Strafverfahren wegen Urkundenfälschung und Fälschung von Gesundheitszeugnissen beziehungsweise dessen Gebrauch. dpa

Großes Interesse an Briefwahl in Niedersachsen

HANNOVER Vor der kommenden Kommunalwahl und Bundestagswahl ist das Interesse an einer Briefwahl in Niedersachsen höher als bei vergangenen Wahlen. Zur Kommunalwahl am 12. September gingen in manchen Städten bis Ende August schon mehr Briefwahlanträge ein als bei der vorigen im Jahr 2016 insgesamt. In Hannover waren es nach Angaben eines Sprechers für die Kommunalwahl bis Ende August etwa 57.000 Briefwahlanträge. Für die Kommunalwahl im Jahr 2016 waren es insgesamt knapp 48.000 Anträge.

Besonders die Online-Formulare sind nach Angaben der Stadt Braunschweig beliebt und werden verstärkt genutzt. „Die steigende Tendenz, die Briefwahl für die Stimmabgabe zu nutzen, ist ungebrochen seit vielen Jahren festzustellen. Die aktuelle Infek-

„Gürtel muss enger geschnallt werden“

Niedersachsens Finanzminister Hilbers will harten Sparkurs fahren, um Schulden nach der Krise abzubauen

Lars Laue

OSNABRÜCK Die Jahre voller Kassen sind vorbei. Niedersachsens Finanzminister Reinhold Hilbers (CDU) stimmt die Bürger im Interview auf einen harten Sparkurs ein.

Herr Hilbers, lassen Sie uns zunächst auf die Bundestagswahl blicken: Hat CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet überhaupt noch eine Chance?

Er hat sogar eine gute Chance. Mich stört, dass momentan mehr über Fehler in Büchern als über wirkliche politische Inhalte gesprochen wird. Auch wir als Union sollten uns jetzt mehr auf die Inhalte konzentrieren

nach links, was für unser Land gar nicht gut wäre und wovon ich nur warnen kann, oder geht es mit der auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichteten bürgerlichen Politik weiter? Ich plädiere auch dafür, dass wir als Union uns auch wieder stärker zum Wettbewerb bekennen. Wettbewerb ist zwar un bequem, aber er führt zu mehr Wohlstand. Immer, wenn die Früchte zu niedrig hängen, strengen wir uns nicht genügend an.

Kommen wir mal zu Niedersachsen: Erst die Corona-Krise, jetzt die Fluthilfe: Niedersachsen geht nach einer Überschlagsrechnung Ihres Hauses davon aus, sich in den kommenden 30 Jahren mit

rhein-Westfalen zu beteiligen. Das entspricht einer Summe von rund 47 Millionen Euro pro Jahr. Wie kann Niedersachsen das stemmen?

Wir haben in den vergangenen Jahren viel dafür getan, dass unsere Finanzen stabiler geworden sind. Ich bin der erste Finanzminister Niedersachsens, der Altschulden getilgt hat. Wir haben also vor der Krise die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass wir in dieser Krise so wirkungsvoll Unterstützung leisten können. Zusätzliche Dinge wie der Fluthilfefonds erhöhen den ohnehin vorhandenen Konsolidierungsdruck. Dass wir uns da solidarisch zeigen unter den Bundesländern, ist ein Schritt, den wir regelmäßig



Finanzminister Reinhold Hilbers Foto: dpa/Julian Stratenschulte

ders gefragt: Kann Niedersachsen sich beispielsweise auch künftig noch so etwas wie ein Europaministerium leisten?

Wir haben aufgrund der Corona-Krise gut acht Milliarden Euro an neuen Schulden machen müssen. Die Notlagenkredite werden wir ab dem 1. Juli 2021 mit 25 Prozent für Stück zurückzahlen und

wir auch spüren, so ehrlich müssen wir zu den Menschen in Niedersachsen sein. Wir werden künftig weniger Möglichkeiten haben, als wenn es diese Krise nicht gegeben hätte. Wir bauen Stellen ab, haben an die verschiedenen Ressorts bereits Einsparpotenziale adressiert und werden entschiedene Maßnahmen zur Konsolidierung über den ganzen Haushalt ergreifen müssen. Stellen, die in den vergangenen Jahren nicht besetzt waren, bleiben das auch künftig. Und Ressorts, die nicht so personalintensiv sind, werden Sachkostenkürzungen erbringen müssen. Wir setzen auf Wachstum. Die Ausgabensteigerungen müssen deutlich

steigerungen der Einnahmen bleiben. Und zur